

Innogy soll's richten



Ökostrom von Innogy bleibt Strom von RWE. (Foto: jai-me.sliva/flickr.com/CC BY-NC-ND 2.0)

Der in Essen ansässige Energiekonzern RWE versucht gerade mit erneuerbaren Energien Umweltzerstörung und Fortschritt unter demselben Fittich zu vereinen, neue Kund*innen zu finden, ins Dunkel zu treiben und alte Kund*innen ewig zu binden. Innogy, das ökologische Tochterunternehmen des Großkonzerns, ist seit Oktober dieses Jahres an die Börse gegangen – RWE macht ernst.

On- und Offshore Windparks, Wasserkraft, Solarenergie, Biogas, Biomasse: Der Konzern Innogy erennt sich auf seiner Webseite selbst zum Klimaretter. Dahinter steht bloß einer der größten Braunkohlebetriebe Deutschlands. Gegen Ende letzten Jahres stand RWE noch kurz davor, rote Zahlen zu schreiben, da die Preise für Kohle enorm gesunken waren und kaum Abnehmer*innen gefunden wurden. Der Umstieg zu erneuerbaren Energien war notwendig für das Überleben RWEs. Mit dem Ertrag des erfolgreichen Tochterunternehmens, das als „Spitzengänger“ an der Börse gelandet ist, werden weiterhin Projekte wie die Rodung des Hambacher Forsts finanziert, um auf Kohlevorkommen zuzugreifen. Weiterhin operiert der Konzern nach der Logik: Verkaufen oder Nicht-Verkaufen. Dass hierbei momentan erneuerbare Energien eher zum Verkauf führen, verdeutlicht die Macht der Konsumierenden,

Konzerne zu zwingen, nachhaltig zu produzieren. Mit der Spaltung in Innogy und RWE sollten aber auch beispielsweise Haftungsrisiken für Atomkraftwerke von RWE auf Innogy übertragen werden, so die *Frankfurter Allgemeine*. RWE macht seit einigen Jahren mit Korruptionsskandalen auf sich aufmerksam und betreibt nach wie vor Kernkraftwerke. Die daraus gewonnene Energie wird allerdings seit der beschlossenen Energiewende nicht mehr in Deutschland verkauft. Das Tochterunternehmen entspringt somit keinesfalls einem plötzlichen Gesinnungswandel in der RWE-Führung, sondern einem ökonomischen und politischen Kalkül. Innogy dient hierbei als Prügel-Unternehmen, um den Mutterkonzern RWE unbeschadet aus Krisen zu führen. Einen Großanleger hat das Unternehmen bereits: Blackrock, der weltgrößte Vermögensverwalter aus den USA. Auch der deutsche Staat unterstützt Betrieb und Ausbau mit finanziellen Mitteln.

Alles neu?

Besonders bei jungen Menschen soll das neue Konzept beworben werden. Auch um die Universität Duisburg-Essen hängen Werbeplakate, der Erfolg zeigt sich an steigenden Zahlen der Neukund*innen. Felix* ist Studierender an der UDE und selbst vor Kurzem zu Innogy gewechselt, da er seinen Strom seit seinem Umzug von der Grundversorgung bezog. Und das ist oft sehr teuer. Die Grundversorgung betreiben im Raum Nordrhein-Westfalen größtenteils RWE, Eon oder die Stadtwerke. Der Wechsel zu Innogy bedeutet, dass der eigene Stromverbrauch jetzt Innogy angerechnet wird – im Endeffekt aber immer noch RWE. „Erst wollte ich zu Naturstrom wechseln, aber dafür haben mir einige Daten gefehlt, wie der Zählerstand beim Einzug. Ich wusste nur, ich bin in der Grundversorgung. Dann habe ich herausgefunden, dass das RWE ist. Es war unglaublich schwierig, jemanden bei RWE zu erreichen und meine Daten herauszufinden. Ich hing mehrmals am Tag in der Warteschleife. Schließlich sagte man mir, ich solle, wenn ich einen Anbieter für erneuerbare Energien suche, zu Innogy wechseln, das wäre dann einfacher die Daten zu übertragen“, erklärt Felix. Diese Form von Zurückhalten von Daten, die wichtig für einen Wechsel wären, bestätigen die rücksichtslose Logik, denen die meisten Konzerne unterliegen.

Money, Money, Money

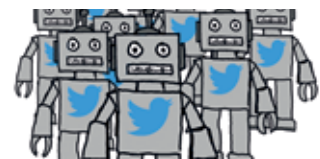
Dass Profitstreben im Kapitalismus an der Tagesordnung steht, sollte bekannt sein. Dass hierbei Wünsche von Verbraucher*innen und Umweltschutz ignoriert werden, ist die Kon-

Studentischer Wohnraum



Wie das Studierendenwerk mit seinen Mieter*innen umgeht erfahrt ihr am Beispiel des Wohnheims Auf der Union auf **Seite 4 und 5**

Digitaler Wahlkampf



Nicht hinter jedem Twitter-Account verbirgt sich auch tatsächlich ein Mensch. Welchen Einfluss die Social Bots auf die Netzwerke haben lest ihr auf **Seite 6**.

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter:
www.akduell.de

sequenz eines Wettbewerbs, der Monopolbildung begünstigt, wie im Fall RWE. Es ist absurd, dass jede Person, die sich nicht um ihren Stromanbieter kümmert, in den teuren Stromnetzen von riesigen Konzernen landet. Es ist damit einfacher für diejenigen Konzerne, Kund*innen mit einem leichten Wechsel zum Tochterunternehmen zu binden. Diese ökonomische Machtkonzentration bringt einen Konzern in eine bessere Verhandlungsposition mit dem Staat, um Subventionierungen durchzubringen (wie Innogy) oder Gesetze auszuhöhlen, die dem Profitstreben des Unternehmens im Weg stehen. Die Konsequenz daraus kann aber nicht der bloße Boykott von bestimmten Unternehmen sein – Nachhaltigkeit muss als Konzept in die Logik von Unternehmen integriert werden, gerade jetzt wo der Klimawandel anfängt sein hässliches Gesicht zu zeigen. Dieser Integration kann sich weder RWE noch Innogy rühmen. [lys]

*Name von der Redaktion geändert

Kurz und knapp

Kommentar

Schul doch mal zurück

Von Marie-Luise Eberhardt

Die Landtagswahlen in NRW rücken näher und ein Thema dominiert die Medienlandschaft ungemein. Schließlich hat sich das Volk zu Wort gemeldet. Und diese wertvolle Stimme gilt es auf jeden Fall zu beachten.

Bereits im April hatte eine Elternumfrage ergeben, dass sich 79 Prozent der Eltern für die Wiedereinführung von G9 aussprechen. Elterninitiativen wie G9-Jetzt-NRW machen sich stark für ein Jahr länger Schule, weniger Stress, entspannteres Lernen, mehr Freizeit und weniger Druck. Oder doch für ein Jahr länger Schule, ein Jahr mehr Stress, Unfreiheit, Notendruck und Lernerhalte, deren fragwürdige Lebensbedeutung eher einmal in den Vordergrund rücken sollte.

Das so genannte Turbo-Abi wird hier als das Problem verhandelt, obwohl die Leistung der Schüler*innen sich erwiesenermaßen nicht zwischen G8 und G9 unterscheidet. Leistung steht wiederum im Fokus der Unternehmensverbände und die Wirtschaft ist natürlich daran interessiert, so schnell wie möglich Arbeitskräfte zu akquirieren. Okay ein Argument, allerdings steht es nicht im Zentrum der Debatte. Genauso wie das Bildungssystem nicht weiter angetastet oder gar in Frage gestellt wird. Dieses System verkörpert aber nun mal ein Leistungsprinzip, was mit Konkurrenz, Stress und Druck verbunden ist. Egal ob 12 oder 13 Jahre.

Für mich, die zwölf Jahre zur Schule ging – in einem Bundesland, in welchem dies nie zur Debatte stand – war nicht die Zeit das Problem, sondern der Unterricht: Auswendig lernen statt Verstehen. Theoretisches Fachwissen statt praktischer Alltagsbezug, wie Kommunikation, Ernährung oder Berufsplanung. Kritikpunkte gibt es viele. Aber wohl die wenigsten haben mit einem Jahr mehr oder weniger zu tun. Vielleicht möchten die Eltern bloß ihre Kinder ein Jahr länger im sicheren Nest wissen?

Wer weiß. Die Parteien sind sich jedenfalls wunderbar uneins. Wie sollen auch die Stimmen der Bevölkerung mit denen der Wirtschaft vereint werden? Die einen wollen G9 wieder einführen, die anderen wollen, dass Familien und Lehrer*innen sich für acht oder neun Jahre entscheiden und wieder andere sehen die Entscheidung bei den einzelnen Schulen. Dann bekommen die leistungsstarken Schüler*innen acht Jahre verschrieben und die leistungsschwächeren neun. Qualität des Unterrichts? Fehlanzeige. Es lebe die Quantität!



Das Landgericht Essen: Hier findet der Prozess wegen Veruntreuung statt. (Foto: mac)

Großer Saal, kurze Verhandlung, kaum Publikum – vor dem Landgericht Essen fand gestern der siebte Prozesstag um die Veruntreuungsvorwürfe gegen die ehemaligen AStA-Mitglieder Oliver B. und Boris S. sowie ihren damaligen Geschäftspartner Dursun S. statt. Auf dem Sitzungsprogramm stand die Vernehmung eines ehemaligen KKC-Angestellten und weitere Fragen an die nunmehr drei Angeklagten.

Der Zeuge Thorsten W. wurde – nach mehrmaligem Fernbleiben – von der Polizei in den Gerichtssaal geführt. Er hatte zwischen 2002 und 2006 als Betriebsleiter im Kunst- und Kulturcafé (KKC) gearbeitet. Richter Johannes Hidding zielte mit seinen Fragen an den Zeugen vor allem darauf ab, herauszufinden, wer zu welcher Zeit tatsächlich Betriebsleiter im KKC gewesen war. Der damalige Teilzeitangestellte sagte aus, dass er bis zur KKC GmbH in Gründung auch als Betriebsleiter gearbeitet habe, danach hätte Çeko S. diese Aufgabe übernommen. An Dursun S. konnte er sich auch noch erinnern, er sei schließlich drei bis vier Mal in der Woche da gewesen. An eine genaue Tätigkeit konnte sich der Zeuge nicht mehr erinnern. W. wurde kurz danach, also Ende 2006, von Boris S. und Oliver B. gekündigt. Bereits nach 15 Minuten wurde der Zeuge entlassen.

In der anschließenden Befragung der Angeklagten durch den Richter ging es zunächst um die laut Anklageschrift als zu hoch abgerechneten Umsatzbeteiligungen durch Boris S. Sie beliefen sich auf zehn Prozent des Nettoumsatzes. Anhand der damals festgelegten Erfolgsbilanzen konnte aber nicht geklärt werden, ob sich der ehemalige AStA-Vorsitzende zu hohe Umsatzbeteiligungen hat ausbezahlen lassen. Im Anschluss fragte der Richter, warum die Angeklagten Verbindlichkeiten der KKC in Gründung übernommen hätten und von einem Betriebsübergang ausgegangen seien. Die AStA Service GmbH hatte unter

anderem Rechnungen des Großhandels Metro und von Dursun S. bezahlt, obwohl die neue GmbH das mutmaßlich nicht hätte übernehmen müssen. Von Boris S. wurde ausgesagt, dass kein Geld für rechtliche Beratung da gewesen wäre: „Das mussten wir selbst regeln.“

Wieder im Fokus: Privatgeschäfte zwischen den Angeklagten

Im Anschluss ging es noch um die privaten Geschäfte zwischen Boris S. und Dursun S. Der ehemalige Studierendenvertreter hatte den Düsseldorfer Geschäftsmann damals zu mehreren Immobilien beraten, die auf Zwangsversteigerungen angeboten wurden. Dursun S. wollte diese dann kaufen, sanieren und weiterverkaufen. Im Juli 2007 stand Dursun S. jedoch ein Insolvenzverfahren ins Haus. Der Richter fragte deshalb mehrfach, wie diese Projekte hätten finanziert werden sollen. Die Antwort des wegen Beihilfe angeklagten Dursun S.: Durch finanzielle Mittel seines Bruders.

Zuletzt ging es am Rande noch um die mit rund 50.000 Euro dotierten Abfindungen, die Dursun S. und Oliver B. jeweils nach dem Ausscheiden aus der AStA Service GmbH gezahlt wurden. In einem rechtlichen Hinweis der Kammer wurde die Art der Begehung, ob in Tateinheit oder Tateinheit, angesprochen. Diese spielt für ein mögliches Strafmaß im Falle einer Verurteilung eine Rolle. Ob die Angeklagten wegen den hohen Abfindungen tatsächlich auch verurteilt werden, ist momentan aber noch unklar.

Nach nur einer Stunde war die Verhandlung bereits beendet. Zum Abschluss fragte einer der Rechtsanwälte, ob am Folgetermin denn das Urteil gesprochen würde. Richter Hidding antwortete kurz und knapp: „Wenn wir denn zu einem Urteil kommen.“ Am Mittwoch, 9. November, wird um 9.30 Uhr vor dem Landgericht Essen weiter verhandelt. Unsere Berichterstattung über die vergangenen Prozesstage lest ihr wie immer auf www.akduell.de. [mac]

Rassismus vom Bahnhofskiosk

Die Räumlichkeiten der Sartory-Säle in Köln blieben am Sonntag, 30. Oktober, leer. Vor einigen Wochen wurde bekannt, dass der Veranstalter dem *Compact*-Magazin die Veranstaltungsräume doch nicht für die jährlich stattfindende Konferenz zur Verfügung stellen würde. Die Veranstalter*innen wollten Rassismus und Antisemitismus keine Bühne bieten.

Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der Thüringer AfD und andere Vertreter*innen rechter Bewegungen und Parteien mussten sich Sonntag eine andere Beschäftigung suchen. Die „Konferenz für Souveränität“ wurde abgesagt, nachdem die Veranstalter*innen der Sartory-Säle über die Inhalte des seit 2010 wöchentlich erscheinenden *Compact*-Magazins informiert wurden. Den „Sieg der Meinungs-diktatur“, wie die Absage auf der Internetpräsenz gewertet wird, wollte das Magazin um Chefredakteur Jürgen Elsässer aber nicht hinnehmen. Am 5. November soll die Konferenz mutmaßlich im Berliner Halong Hotel stattfinden, wo man anscheinend weniger Probleme mit den Inhalten haben könnte. „Die Texte in der *Compact* referieren zentral auf Diskurse, die in der populistischen und extremen Rechten geführt werden. Das betrifft vor allem ihren Rassismus“, erklärt der Sozialwissenschaftler und Journalist Kevin Culina, der mit seinem Kollegen Jonas Fedders das Buch *Im Feindbild vereint: Zur Relevanz des Antisemitismus in der Querfront-Zeitschrift Compact* verfasste.

Bündnis mit AfD und Pegida

Zwar sei Rassismus schon immer essenziell für die proputinistische *Compact* gewesen. Besonders in der Debatte über Geflüchtete habe sich das Vokabular aber noch verschärft. „Mit Begriffen wie ‚Asylflut‘ oder ‚Invasion‘ wird derzeit vor allem gegen Asylsuchende gehetzt“, listet Culina nur einige der zahlreichen Beispiele rassistischer Verbalausschreitungen der Zeitschrift auf. Durch die Darstellung muslimischer Menschen als „unzivilisiert“, „unkontrolliert triebhaft“ und „kriminell“ würde das Magazin sie zu einer Bedrohung für Deutschland stilisieren. „Migration und Geflüchteten stellt die *Compact* eine völkische und nationalistische Weltanschauung entgegen, die Menschen biologisch nationalen Kollektiven und damit verbundene Eigenschaften zuordnet“, führt er fort.

Schon früh habe sich die *Compact* zur journalistischen Artikulationsfläche für den völkischen Flügel der AfD, mit der sich das Magazin den Slogan „Mut zur Wahrheit“ teilt, entwickelt. So standen Höcke und sein Parteikollege Alexander Gauland, Fraktionsvorsitzender der Brandenburger AfD, dem Magazin für Interviews zur Verfügung. Er und André Poggenburg, Landesvorsitzender



Dämonisierungen von Geflüchteten und Profilierung von Rechten: *Compact* bedient sich rechten Vokabulars. (Foto: fro)

der AfD in Sachsen-Anhalt, traten zudem im dreistündigen Wahlspezial anlässlich der diesjährigen Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern für den seit Januar 2015 aktiven Youtube-Kanal *Compact-TV* auf.

Wo die AfD ist, ist Pegida nicht weit. Neben einer sich positiv auf die wöchentlichen Aufmärsche von Rassist*innen beziehende Berichterstattung trat Elsässer bereits mehrfach bei Pegida-Demonstrationen auf. Elsässer ließ am 16. August beispielsweise auf seiner Internetseite stolz verlauten, dass er zu den „mutigen Sachsen“ gehe, „wo Deutschland noch deutsch ist.“ Im Gegenzug wird Pegida-Gründer Lutz Bachmann auf der diesjährigen *Compact*-Konferenz auftreten. Zwar sei die Zusammenarbeit der *Compact* mit der AfD und Pegida besonders ausgeprägt, doch bilden sich auch Schulterschlüsse mit der Identitären Bewegung, Götz Kubischeks Institut für Staatspolitik und anderen rechten und verschwörungsideologischen Bewegungen. „Die Zeitschrift ist eine zentrale Diskursplattform gegenwärtiger reaktionärer Debatten und Bewegungen und agiert dabei stets auch selbst als politischer Akteur mit steigendem Einfluss“, resümiert Culina.

„Antisemitismus bildet ideologischen Rahmen“

Die Berichterstattung der Publikation fußt auf Rassismen. „Doch darüber hinaus sind und waren sie durch Verschwörungstheorien, personalisierte Kapitalismuskritik, Antizionismus und Antiimperialismus auch für Teile der Linken zugänglich“, sagt Culina und erläutert, dass das Magazin daher nicht als rechtspopulistisch bezeichnet werden könne. Schließlich propagiert die *Compact* eine Überwindung des Links-Rechts-Schemas. Zum Wohle einer völkisch definierten Gemeinschaft sei die Bildung einer Querfront notwendig, für die wiederum ein gemeinsamer Nenner ausgemacht wird: der Antisemitismus.

„Der Antisemitismus bildet den ideologischen Rahmen, in dem alle Konflikte der Welt in der Zeitschrift kontextualisiert werden“, resümiert Culina. So würden Geflüchtete beispielsweise als strategische Waffe einer

mächtigen politischen Elite gesehen, die in Deutschland einen Bürger*innenkrieg entfachen und einen „Volksaustausch“ vorantreiben sollten. „Diese ungreifbaren Mächtigen werden hinter Banken, hinter der US-Regierung, in der ‚Bilderberger-Konferenz‘, in Form einer ‚Israel-Lobby‘, zionistischer Organisationen oder explizit in jüdischen Institutionen behauptet“, so der Sozialwissenschaftler. Außerdem werden Banker*innen sekundär antisemitisch als „Heuschrecken“ betitelt und der Zins als „widernatürlich“ bezeichnet. „Ganz als sei der Kapitalismus sonst eine natürliche Ordnung“, merkt Culina spöttisch an.

Als im Frühjahr 2014 die Mahnwachen für den Frieden durch Lars Mährholz ins Leben gerufen wurden, erlebte das Querfront-Magazin einen Popularitätszuwachs. Eine Umfrage der TU Berlin legt offen, dass der antisemitische Charakter der Mahnwachen nicht zu leugnen ist. 27,3 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu, dass sich „Zionisten weltweit an die Hebel der Macht gesetzt“ hätten und 51,6 Prozent waren der Ansicht, „Amerika bzw. das amerikanische Militär [sei nur] der Knüppel der FED [die US-amerikanische Notenbank]“, an deren Spitze nach Mährholz die jüdische Familie Rothschild sitze. Wie Culina und Fedders in ihrem Buch herausstellen, dienen die Codierungen mit jüdischen Namen wie Rothschild oder Soros als antisemitisches Feindbilder gegenüber einer Elite.

Elsässer war in der Anfangszeit der Mahnwachen-Bewegung einer der Hauptredner. Ende desselben Jahres endete die Zusammenarbeit jedoch bereits. „Während antisemitische Verschwörungstheorien dort das einende Element waren, zerbrach die Zusammenarbeit an Jürgen Elsässers Nationalismus und dessen Solidarität für die militanten Proteste der Hooligans gegen Salafisten“, erklärt Culina. Er wurde aus dem Mahnwachen-Team ausgeschlossen, nachdem er sich auf seiner Internetseite positiv auf die Kundgebung der Hooligans im Oktober 2014 bezog, die von massiven Ausschreitungen begleitet wurde. In der Welt des Jürgen Elsässers sei dies nämlich eine „antifaschistische Demo“ gewesen. [fro]

Im Wohnheim viel Neues

Viele Studierende entscheiden sich dazu, in einem Studierendenwohnheim zu wohnen. Die Mieten sind vergleichsweise günstig, in einer WG ist mensch nicht alleine und am besten noch in Campusnähe. Das sind nur einige Punkte, wieso sich viele für einen Platz in einem Wohnheim entscheiden. Aber sind die Mieten wirklich günstig? Ist das Zusammenleben konfliktfrei, da alle Studierende sind? Das Studierendenwerk Essen-Duisburg hat mit Abstand das größte Angebot an studentischen Wohnraum in beiden Städten. Aber wie ist das Verhältnis zwischen der Verwaltung und den Bewohner*innen? Wie läuft es in den Wohnheimen in Duisburg und Essen?

Das Studierendenwerk wirbt auf der Homepage mit „günstigem und hochschulnahem“ Wohnraum. Mit insgesamt 2.500 Zimmern hat das Studierendenwerk ein breites Angebot. Die neueren Wohnheime in Essen beispielsweise sehen wirklich schick aus. Das an der Tiegelstraße hat sogar Balkone an den Zimmern. Hat aber auch, bei 380 Euro Monatsmiete für ein 19 Quadratmeter großes Einzelzimmer, seinen Preis. Campusnah ist auch das Wohnheim Auf der Union. Das schon etwas in die Jahre gekommene Wohnheim sorgt aber momentan bei Bewohner*innen für Unmut. Genau genommen die Kommunikation zwischen den Bewohnern*innen und der Verwaltung.

Union in Aktion

Ein Streitpunkt ist der sich im Gebäude 8b befindliche Gemeinschaftsraum. Dort befindet sich eine Theke samt Kühlchränke, Tischkicker und Co. Vor einigen Jahren haben sich Bewohner*innen um den Raum gekümmert und dort fanden regelmäßig Partys und andere Veranstaltungen statt. Aber nachdem sich einige Studierende daneben benommen und unter anderem in einen sich dort befindlichen Briefkasten uriniert haben sollen, wurde der Raum geschlossen. Nach Jahren des Stillstandes an der Theke haben sich einige Bewohner*innen zusammengeschlossen und sind unter dem Motto „Union in Aktion“ auf das Studierendenwerk zugegangen, um die Theke wieder zu nutzen. Die Gespräche zwischen den Bewohner*innen und dem Studierendenwerk liefen, laut Aussagen der Studierenden, gut. Die Theke konnte wieder geöffnet werden. Leider gab es vereinzelt Beschwerden von Bewohner*innen wegen der Lautstärke. Die Beschwerden wurden aber nicht an die anderen Bewohner*innen der Union herangetragen sondern direkt an das Studierendenwerk. Erschwert wurde die Argumentation für den Gemeinschaftsraum durch die damalige Hausmeisterin, die Fotos von auf dem Gelände herumliegenden Müll dokumentierte und diesen mit dem Gemeinschaftsraum in Verbindung brachte. Laut Bewohner*innen stand das jedoch in keinem Zusammenhang. Das Studierendenwerk hat sich aufgrund der Be-

schwerden und dem vermeintlichen Müll dazu entschlossen den Gemeinschaftsraum wieder zu schließen.

Verpuffter Kompromiss

Die Bewohner*innen sind erneut auf das Studierendenwerk zugegangen, um das Gespräch zu suchen. Es wurde daraufhin ein Kompromiss gefunden. Von Seiten der Studierenden kam die Bitte, eine Weihnachtsfeier in der Theke feiern zu dürfen. Beide Parteien haben sich darauf geeinigt, dass nur noch kleinere Feiern stattfinden dürfen. Allerdings sah die neue Regelung vor, dass am nächsten Tag der Zustand durch den*die Hausmeister*in kontrollierbar sein müsste. Abendveranstaltungen durften nicht mehr stattfinden. Nach der Weihnachtsfeier wurde die neue Nutzung jedoch von den Studierenden nicht mehr in dem Maße wahrgenommen und Veranstaltungen wurden mit der Zeit immer weniger.

Anfang des Jahres ließ das Studierendenwerk verlauten, dass der Gemeinschaftsraum Übergangsweise als Lagerraum genutzt wird. Dies wurde damit begründet, dass Möbel von Bewohner*innen dort zwischengelagert werden müssten. Allerdings wird das Zimmer nur möbliert vermietet und Möbel dürfen nicht aus den Zimmern entfernt werden. Einige Bewohner*innen vermuten, dass die Möbel der neueröffneten Kindertagesstätte im Erdgeschoß des Hauses 8b zwischengelagert werden. Im Zuge der Maßnahme hat das Studierendenwerk auch die Schließzylinder des Raumes getauscht, sodass die Bewohner*innen nicht mehr hinein konnten.

Causa Fahrradkeller

Wie sehr die Bewohner*innen der Wohnanlage „Auf der Union“ sich bemühen, ein gutes Wohnklima untereinander zu schaffen, zeigt das nächste Beispiel. Im Sommer sind die Studierenden auf die Verwaltung zugegangen und wollten

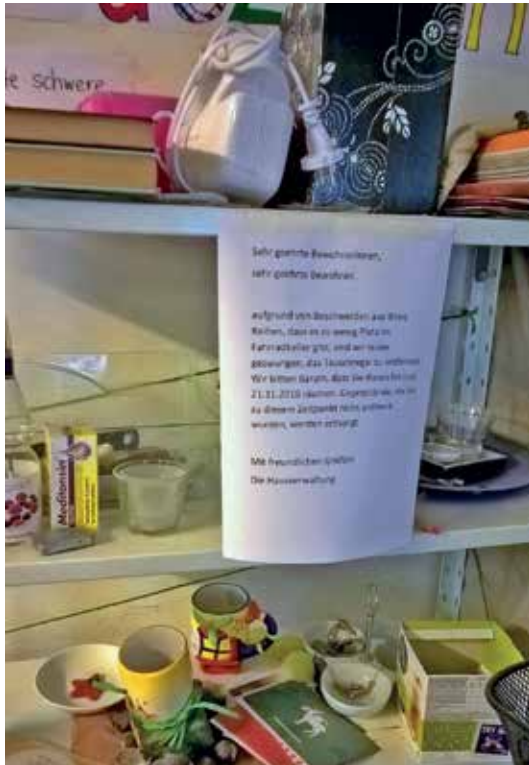
in Kooperation mit dem Studierendenwerk den Fahrradkeller ausmisten. Der Keller war voll mit Fahrrädern, die seit Jahren nicht mehr bewegt wurden und offensichtlich keine*n Besitzer*in mehr hatten. Die Aktion verlief sehr positiv. Bewohner*innen wurden aufgefordert, ihr Fahrrad zu markieren. Dazu hatten sie knapp zwei Monate Zeit. Fahrräder, die nicht markiert waren, wurden entsorgt. Somit war wieder Platz im Fahrradkeller. Dies sollte aber nicht lange so bleiben. Denn etwa einen Monat nach der Entrümpelungsaktion versendete das Studierendenwerk eine Rundmail an alle Bewohner*innen, dass im Fahrradkeller Baumaßnahmen stattfinden würden um weiteren Lagerraum zu schaffen. Rund eine Stunde nach Eintreffen der Mail begannen für alle Bewohner*innen sehr überraschend schon die Bauarbeiten. Jonas* wohnt über dem Fahrradkeller und wurde von den Bohrmaschinen jäh aus dem Schlaf gerissen. Betroffenen wurde im Vorhinein nicht die Möglichkeit gegeben ihre Fahrräder aus dem Bereich zu entfernen. Die Bauarbeiter*innen mussten einen in der Wand verschraubten Fahrradständer samt Fahrrädern entfernen. Dieser steht nun samt Fahrrädern mitten im Raum. Einige Räder haben dabei auch Schaden genommen. Die betroffenen Bewohner*innen fragen sich nun, wer für den Schaden aufkommt. Das Studierendenwerk hat auf eine kurzfristige Anfrage der aktuell, Zeit erbeten, um die Vorwürfe zu prüfen.

„Schatztruhe“ als Platzverschwender

Dass sich der Fahrradkeller nun drastisch verkleinert, freut niemanden auf der Union, was auch viele dem Studierendenwerk mitgeteilt haben. Der Lagerraum ist mittlerweile fest im Fahrradkeller gemauert worden. Auch auf Initiative der Bewohner*innen wurde vor einiger Zeit ein Tauschregal aufgestellt, ihre selbsternannte „Schatztruhe“. Dort kann mensch Gegenstän-



Das Wohnheim „Auf der Union“ hinter dem alten Audimax am Campus Essen. (Foto: mac)



Das Aus für das beliebte Umsonstregal im Wohnheim auf der Union? (Foto: privat)

de kostenlos reinstellen und entnehmen. Die „Schatztruhe“ erfreut sich größter Beliebtheit. Leider haben die Studierenden nicht die Rechnung mit der Verwaltung gemacht. Seit kurzem hängt dort ein Zettel, auf dem die Bewohner*innen darauf hingewiesen werden, dass, wenn ihnen der Platz im Fahrradkeller zu wenig sei, sie doch bitte das Regal räumen sollten, sodass dieses von der Verwaltung entfernt werden könne. Dazu hätten sie bis zum 22. November Zeit.

Viele Bewohner*innen bemängeln die Kommunikation zwischen ihnen und dem Studierendenwerk. Und die beschriebenen Ereignisse tragen auch nicht zur Entspannung bei. Im Gegenteil. Im Januar dieses Jahres wurde von der Verwaltung Mieterhöhungen in Höhe von 20 Euro im Monat in allen Wohnheimen angekündigt. Die Erhöhung sollte schon im Februar in Kraft treten. Ein sehr kurzer Zeitraum zwischen Ankündigung und Umsetzung. Danach protestierten die Bewohner*innen und die Mieterhöhung trat schließlich zum März in Kraft. Zusammen mit dem ASTA haben sich Bewohner*innen verschiedenster Wohnheime in einem Plenum getroffen, um sich auszutauschen.

Auf Anfrage der aktuell an ASTA-Vorsitzende Joey Strasdat wäre der ASTA im Zuge der neuerlichen Entwicklungen bereit, wieder zu einem Plenum einzuladen. Strasdat kritisiert die Intransparenz des Studierendenwerkes und dass jegliche Informationsbemühungen erfolglos blieben.

Die Mieterhöhungen sind noch immer für viele Bewohner*innen der älteren Wohnheime ein großes Thema. Denn momentan herrsche in

der Wohnheims-Landschaft eine Art Zweiklassengesellschaft. Auf der einen Seite: Die neuen Wohnheime wie beispielsweise das Wohnheim Heinrich-Lersch-Straße in Duisburg oder das am Campus Essen liegende Wohnheim Tiegelstraße sind energieeffizient und modern. Auf der anderen Seite wurden das Wohnheim Schemkesweg 41-45 oder eben auch das Auf der Union noch nicht saniert. Die Bewohner*innen haben den Eindruck, dass sie mit den Mieterhöhungen lediglich die neuen Wohnheime finanzieren würden

Auf der Union: Ein Einzelfall?

Die Beispiele Auf der Union seien keineswegs Einzelfälle. Auch die Bewohner*innen des Wohnheims Schemkesweg 41-45 in Duisburg hätten regelmäßig Probleme. Im Januar dieses Jahres war die Heizung ausgefallen. Dann kam es auch mal vor, dass es kein warmes Wasser gab. Für die Reparaturarbeiten war es nötig, die Wasserversorgung ganz zu kappen. Drei Tage hatten die Bewohner*innen kein Wasser. Die Ankündigung der Maßnahme kam aus Sicht der Studierende zu spät und mal wieder nur per Mail. Generell ist die Meinung der Bewohner*innen über das Wohnheim Schemkesweg eindeutig: Es sei baufällig und sollte saniert werden. Nur wie entscheidet das Studierendenwerk, welches Wohnheim wann saniert wird? Das kritisiert auch ASTA-Vorsitzende Strasdat, denn „nicht sanierte Wohnheime sind im Betrieb teurer als frisch sanierte und die Sanierungspläne laufen nach strikter interner Priorisierung. Das sind alles Betriebsentscheidungen, die in der Verwaltung des Studierendenwerkes getroffen und nicht als Information an Studierende weitergeleitet werden.“ Auch zu diesem Thema bat das Studierendenwerk um Zeit. Eine Stellungnahme blieb bis Redaktionsschluss am Sonntagabend aus.

Ein Beispiel für eine gelungene Kommunikation ist das Studierendenwohnheim „Die Brücke“ auf dem Essener Campus. Dort sind die Dienstwege kurz. Denn die Wohnheims Leiterin ist jeden Tag in ihrem Büro vor Ort zu erreichen. Auch eine Sachbearbeiterin kümmert sich täglich um die großen und kleinen Belange der Bewohner*innen. Auf weniger Verständnis stößt, dass auch der Hausmeister mitten unter den „Brückner*innen“ lebt. Das hat zumindest den Vorteil, dass anfallende Reparaturen schnell erledigt werden können. Das Wohnheim Die Brücke wird von der evangelischen Kirche Essen verwaltet. Sie sind jedoch anders konzipiert als die Wohnheime des Studierendenwerkes. Es bedürfe einen großen personellen Aufwand, den Umgang mit den Bewohner*innen besser gestalten zu können. Auch Studierendenwerk und Bewohner*innen sollten beide ein Interesse daran haben, ein gutes Wohnklima zu schaffen und langfristig zu erhalten. Das Studierendenwerk könnte dabei auch mehr auf die Belange der Studierenden eingehen und ernst nehmen. [mehu]

*Name von der Redaktion geändert

Ballern!

Besuche das Zelt



Das Wintersemester hat gerade begonnen, da lädt der ASTa alle feierwütigen Partypeople zu einer großen Semester-Einstiegssause auf den Campus. Vor dem kollektiven Alkoholkonsum mit musikalischer Beschallung durch Bands wie Dirty Honkers können Besucher*innen das triste Hörsaalzentrum in neuem Gewand betrachten, wenn Artist*innen vom Variété Grapiller ihr akrobatisches Talent unter Beweis stellen und die Kinnladen runterfallen lassen.

↗ **Freitag, 4. November, ab 20 Uhr, Hörsaalzentrum B08, Campus Essen, Eintritt frei**

Bilden!

Unendliche Vielfalt?

Klar, in Stark Trek werden auch nicht-hetero Beziehungen dargestellt. Aber wie sieht das generelle Bild von Gender und Beziehung in den drei Serien The Next Generation, Deep Space Nine und Voyager tatsächlich aus? Das erfahrt ihr beim ASTA-Vortrag auf dem Campus Essen.

↗ **Donnerstag, 3. November, 20 Uhr, Hörsaal S05 Too B32, Eintritt frei**

NOCH MEHR BILDEN!

US-Wahl auf dem Campus

Der amerikanische Wahlkampf um das Präsident*innenamt nähert sich großen Schritten dem Ende. Wer zieht ins Weiße Haus ein: Hillary Clinton oder Donald Trump? Während auf die ersten Hochrechnungen gewartet wird, lädt das Institut für Anglophone Studies zu einer Diskussion über die Chancen und Risiken möglicher Siege ein.

↗ **Dienstag, 8. November, ab 18 Uhr, Evangelische Studierendengemeinde, Die Brücke, Eintritt frei**

Unsoziale Bots

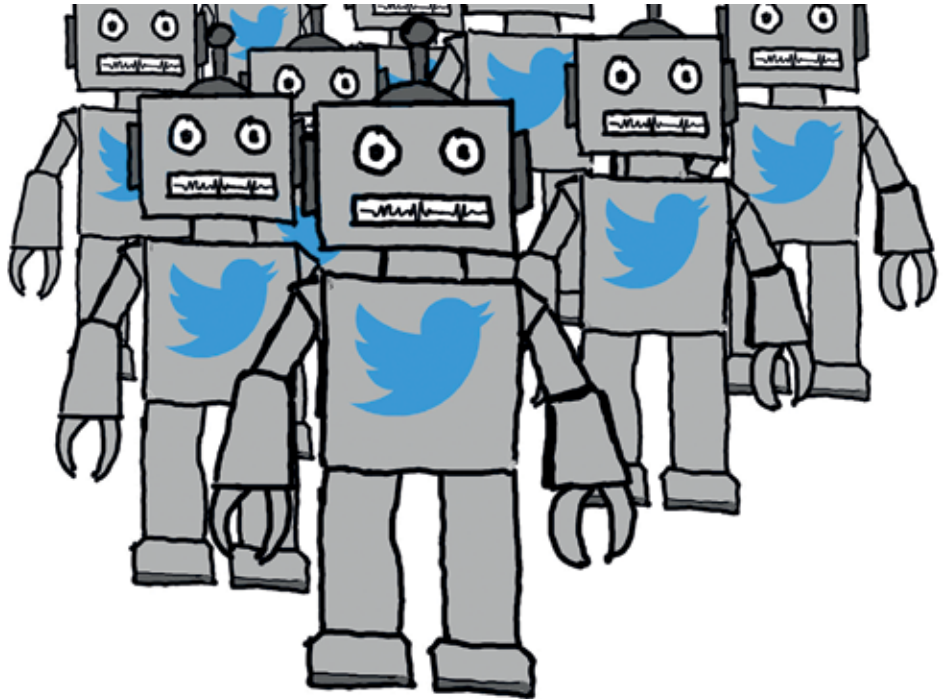
Social Bots im Wahlkampf – ist das erfolgsversprechend? Nachdem die Alternative für Deutschland (AfD) öffentlich über den Einsatz von Social Bots für den nächsten Bundestagswahlkampf 2017 nachgedacht hat, um dann in gewohnter Manier zurückzurudern, sind die automatischen Tweet-Generatoren ins mediale Interesse gerückt. Dabei ist der Einsatz der Bots eigentlich nichts Neues: Hillary Clinton und Donald Trump nutzen sie im Rennen um das Präsident*innenamt und auch im syrischen Bürger*innenkrieg kamen sie zum Einsatz. Das Gefahrenpotenzial der Bots ist schwer abzuschätzen.

Selten sind sich die etablierten Parteien so einig: Auf Social Bots wollen sie im Wahlkampf verzichten. Nur die AfD konnte sich zu keiner klaren Absage an die Fake-Profilen durchringen. Gegenüber dem *Spiegel* sagte Bundesvorstandsmitglied Alice Weidel (AfD): „Selbstverständlich werden wir Social Bots in unsere Strategie im Bundestagswahlkampf einbeziehen“. Social Bots sind künstliche Profile in den Sozialen Netzwerken, die selbstständig Beiträge erstellen können, sich gegenseitig vernetzen und Posts retweeten. Sie imitieren also das menschliche Verhalten. Nicht immer haben die entstehenden Netzwerke das Ziel, Schaden zu verursachen. Einige Social Bots sind klar als solche gekennzeichnet und wollen Nutzer*innen beispielsweise über Wetteränderungen informieren. Die Alltagshelfer bilden aber die Ausnahme unter den Fakeprofilen.

Schwer zu erkennen

Die meisten Social Bots versuchen, echten Nutzer*innen Werbung, Spam oder schädliche Software aufzudrängen. Dabei ist es nicht immer einfach, ein Profil auch tatsächlich als Bot zu identifizieren. Das Werkzeug namens Social Bot ist inzwischen so weit entwickelt, dass die Programme sogar auf Anfragen anderer Anwender*innen reagieren können und auch die Kommunikation untereinander simulieren. Jedes Jahr gibt es Wettbewerbe bei denen Personen einen Chat führen sollen, vom dem sie nicht wissen, ob sie mit einem Mensch oder mit einem Bot schreiben. Dabei dauert es inzwischen minutenlang, bis die Chatprogramme auffliegen. Die Social Bots verstoßen zwar gegen die Geschäftsbedingungen von Twitter, Facebook und Co., bis auf eine Löschung der gefährlichsten Profile haben Ersteller*innen aber nichts zu befürchten. Gesetzliche Regelungen für den Einsatz der Bots gibt es nicht.

Dass die Bots einen großen Einfluss auf die Netzwerkseiten haben können, zeigt der Blick auf den US-amerikanischen Wahlkampf um das Präsident*innenamt. Während des vergangenen TV-Duells wurde fast jeder vierte Tweet, der Hillary Clinton unterstützte, durch einen Bot erstellt, bei Donald Trump war es so-



Konsens oder Kontrollierte Meinung? Social Bots werden in der Politik immer beliebter. (Grafik: dav)

gar jeder dritte Tweet. Auch ein Blick auf die Follower*innen beider Kandidat*innen lässt auf künstliche Unterstützung schließen: Ein Drittel aller Anhänger*innen wurden als Roboter identifiziert.

Bedrohliches Werkzeug

Aber welchen Nutzen haben Social Bots? Hauptsächlich sollen mit Social Bots Trends verstärkt werden. Erstellen die Bots viele Beiträge zu einem Thema und nutzen dabei dieselben Hashtags kann das dazu führen, dass das Thema eher in den Trending Topics des Netzwerks landet. Das Problem: Für die Nutzer*innen ist nicht sichtbar, dass sich, außer dem automatischen Bot-Programm, niemand für das Thema interessiert.

Gefährlich werden die kleinen Programme, wenn es um Meinungen geht. Bot-Netzwerke können beispielsweise durch eine große Anzahl an Tweets den Eindruck erwecken, dass ein bestimmter Konsens vorliege. Der Effekt ist dann ähnlich dem gekauften Likes auf Facebook. Die ehemalige *Anonymous.Kollektiv*-Seite, die antisemitische, verschwörungstheoretische und anti-amerikanische Inhalte teilte, hatte sich durch gekaufte Likes große Reichweite verschafft. Auch Bot-Netzwerke könnten dazu genutzt werden, Hass und Angst zu schüren, Emotionen zu verstärken und beispielsweise fremdenfeindliche Inhalte salonfähiger erscheinen zu lassen, als sie tatsächlich sind. Diese Vorgehensweise wird auch Astroturfing oder Kunstrasenbewegung genannt. Es bleibt hier jeder*m selbst überlassen, zu beurteilen, ob die AfD die Roboter als Teil ihres Wahlkampf-Arsenals in ähnlicher Weise nutzen würde.

Beim Krieg in Syrien wurden Social Bots bereits 2012 dazu genutzt, den Austausch der Opposition auf Twitter zu erschweren. Und auch im Ukraine-Konflikt wurden auf beiden Seiten durch Bots Tweets in der Größenordnung von einer Million produziert. Einzelne Bots hatten dabei eine Tweet-Geschwindigkeit von einem Tweet pro Minute. Das Vorgehen dabei war eigentlich recht simpel: Wichtige Hashtags wurden so stark mit irrelevanten Tweets überladen, dass die eigentliche Botschaft verloren ging. Tweets mit den identifizierenden Hashtags enthielten beispielsweise Links zu regierungsnahen Nachrichtenseiten oder Informationen aus anderen Ländern. Diese Methode der Manipulation von Netzwerken wird Smoke Screening genannt. Eine große Anzahl an Tweets überlagert die relevanten Inhalte.

Wie groß ist der Einfluss?

Die Interaktion mit humanoiden, also menschenähnlichen, Robotern unterscheidet sich überraschend wenig von unserem Verhalten gegenüber einem anderen Menschen. Zahlreiche Forschungsstudien, unter anderem auch vom Lehrstuhl für Sozialpsychologie der Universität Duisburg-Essen, haben gezeigt, dass wir die gleichen nonverbalen Verhaltensweisen zeigen und auch den Inhalt des Gesagten ähnlich bewerten. Ob das in ähnlicher Weise auch bei Social Bots passiert, ist noch unklar. Bisher weiß niemand, wie groß der Einfluss der Bots auf unsere Meinung und Wahrnehmung tatsächlich ist. Gefährlich sind die potenziellen Meinungsmacher aber in jedem Fall. Und betrachtet man die Einsatzgebiete, wundert es auch nicht, dass die AfD sich mit dieser Technik vertrauter machen will. [dav]

Aus dem Leben einer Bahnfahrerin



Bahnfahren – zwischen Abenteuer und Albtraum. (Foto: caro)

Von Bier- und Schnapsnoten durchzogene Luft; weit und breit kein Sitzplatz in Sicht, überlaufende Toiletten, Pöbeleien und Übermut, dazwischen irgendwas in Richtung Gesang. Wer kann, verzichtet an Fußballwochenenden besser auf eine Zugfahrt. Und an allen anderen Tagen? Womit Reisende in der Bahn rechnen sollten – eine Analyse.

Im Zug trifft mensch auf verschiedenste Gestalten. Manche davon sorgen – mal unfreiwillig, mal unerwünscht – für Unterhaltung unter den Mitreisenden. Neben Fußballfans gibt es da die Anhänger*innen von Junggesell*innenabschieden, die im Einheitsdress aufdringlich unnützes Zeug verkaufen. Für die musikalische Untermalung sorgen Akkordeonspieler*innen. Andere sind so freundlich, gleich das ganze Abteil an ihren Telefongesprächen teilhaben zu lassen.

So wurde ich vor kurzem selbst Zeugin des für mich bisher kuriosesten mir-scheint-die-Sonne-aus-dem-Arsch-Vokabulars. Nichtsahnend setzte ich mich ans Fenster, als es schon kurz darauf in lauter, piepsiger und übertrieben niedlicher Stimmlage ertönte: „Oh du bist das hübscheste Traummädden, Schwesterherz, die Keksigste, so lieb, oh mein Gott, ich freu mich so!“ Verstört versuchte nicht nur ich, die Verantwortliche dieser Ausdrücke zu lokalisieren. Unter amüsiertem Grinsen und Gelächter der anderen folgte schnell: „Du hast die Karten! Du hast die Karten! Du hast die Karten! Du hast die Karten! Oh mein Gott, wir fahren zu Justin!“ Ob es vor Bieber oder Timberlake zu möglichen Ohnmachtsanfällen kommen wird, konnte ich leider nicht herausbekommen. Aber auch das Bahnpersonal zeigt sich hin und wieder von seiner humorvollen Seite. So heißt es schon mal: „Liebe Reisende, ich habe gerade mit einer Kollegin telefoniert. Bei geschlossenen Schranken ist eben ein Fahrradfahrer über die Schienen gefahren. Die Deutsche Bahn wird – da bin ich mir sicher – wie immer in solchen Fällen, um Ihr Verständnis bitten.“ Schön, wer über sich – oder Arbeitgebende – lachen kann.

Die Schattenseite

Viel zu oft kommt es aber auch zu ernsteren Auseinandersetzungen. So berichtet in der *Zeit* eine Journalistin davon, wie sie in einem ICE von be-

trunkenen Fußballfans sexuell belästigt wurde. Auf Facebook schildert ein Journalist, wie ein Kontrolleur in München den Pass einer Chinesin einbehielt, mit der Polizei drohte und zudem 60 Euro für vermeintliches Schwarzfahren forderte. Die junge Frau wusste offenbar nicht, dass sie ihr Ticket hätte entwerfen müssen.

Als ich vor drei Wochen spätabends nach Essen fuhr, geschah Ähnliches. Mit mir sitzen noch etwa sieben weitere Fahrgäste im Abteil, als der Schaffner nach den Fahrscheinen fragt. Zirka fünf Reihen vor mir beginnt eine Diskussion. Der Schaffner erklärt einem jungen Mann, er habe ein falsches Ticket. Der Mann scheint das Problem nicht zu verstehen und erklärt in gebrochenem Deutsch, dass er doch ein Ticket für 60 Euro gekauft habe. Davon unbeeindruckt wird er gebeten, entweder auszusteigen oder ein Anschlussticket zu kaufen. Weil er nicht genügend Geld dabei hat, versucht er jedoch weiter, sich zu erklären. Mit Unbehagen beobachte ich die Situation, als der Schaffner mit den Worten „ich weiß ja nicht, ob man sie zu heiß gebadet hat“ ausfällig wird. „Sie brauchen den Mann nicht beleidigen“, entgegne ich ihm. Ein irritierter Blick, das war es. Irgendwann reicht es dem Bahnangestellten dann: „Sie steigen jetzt entweder in Kamen aus oder es wartet in Dortmund die Bundespolizei.“ Der Mann und seine Begleiterin verlassen den Zug.

Ich widme mich wieder meinen Gedanken, als sich plötzlich besagter Schaffner mit seinem Kollegen vor mir aufbäumt: „Junge Dame, das war nicht nett, wie Sie mich gerade behandelt haben.“ Wie bitte? Irritiert antworte ich, ihm lediglich gesagt zu haben, er solle den Mann nicht beleidigen. Ob ich denn auch gehört hätte, was der andere gesagt hat. Habe ich nicht. Und mit dem Finger vor seinem Gesicht rumzufucheln, wäre auch nicht richtig. Auch das habe ich nicht getan. „Ich finde es ehrlich gesagt nicht nett, wie Sie mich gerade behandeln.“ Gekonnt ignoriert er meine Äußerung. Der Mann hätte rumgefuchelt und überhaupt, ich hätte mich nicht einzumischen, wenn ich nicht alles gehört habe. Die Schaffner gehen wieder und ich weiß nicht ob ich lachen oder mich aufregen soll. Der Einschüchterungsversuch: lächerliche Machtdemonstration. Und Gleiches mit Gleichem zu vergelten, erscheint mir auch eher fraglich. Na dann, gute Reise! [caro]

Kurzgefasst

Wahl zur Gleichstellungsbeauftragten

Seit dem 4. Oktober werden eine neue Gleichstellungsbeauftragte sowie ihre Stellvertreterinnen* gesucht. Bisheriges Ergebnis: Unorganisiertheit und Ungereimtheiten. Trotz fehlender Gegenkandidatinnen* kam es nicht zur Wiederwahl, die amtierende Gleichstellungsbeauftragte Ingrid Fitzek bleibt damit vorerst kommissarisch im Amt. Die studentischen Wahlfrauen* reichten Wahleinspruch ein. Sie fordern, „dass die Wahl [...] erneut stattfindet“.

Im ersten Wahlgang erhielt Fitzek sieben Ja- und sechs Nein-Stimmen sowie drei Enthaltungen. Die Wahlleitung, Nicole Krämer, ließ fehlende Kenntnisse über die Wahlordnung erkennen. Ihr solle nicht bewusst gewesen sein, dass eine absolute Mehrheit benötigt wird. Sie habe die Anwesenden mit den Worten „Ich glaube, Frau Fitzek ist gewählt“ entlassen. In Absprache mit Fitzeks habe sie dann das Justitiariat beauftragt, das Votum zu prüfen. In einem zweiten Wahlgang sprach sich die Mehrheit gegen eine weitere Amtsperiode aus. Dennoch ist ein dritter Wahlgang geplant. Laut Wahlordnung ist nicht geregelt, was passiert, wenn nur eine Kandidatin zur Wahl antritt, diese aber nicht gewählt wird.

Die Wahlfrauen* kritisieren die Organisation und Durchführung der Wahl. Die Wahlgänge hätten demnach an einem Termin stattfinden müssen. Krämer wird vorgeworfen, ihre Neutralitätspflicht verletzt zu haben. Sie habe vor der zweiten Abstimmung E-Mails (u. a. der Prorektorin für Diversity Management) vorgelesen, in denen Fitzeks bisherige Arbeit gelobt wurde. Ein weiterer Versuch wurde unterbunden. Fitzek hierzu: „Ich frage mich, was für ein Verständnis ihrer Aufgabe diese Wahlfrauen wohl haben, wenn sie die Position von Institutionen, die für den Gleichstellungs- und Genderbereich an der UDE relevant sind, einfach ignorieren statt diese bei ihrer Meinungsbildung zu berücksichtigen.“ Auch Fitzek selbst habe versucht, mit den studentischen Wahlfrauen* ein Gespräch zu suchen. Diese fühlten sich aber unter Druck gesetzt. Fitzek erklärt, sie wollte „etwas genauer über das Amt der Zentralen Gleichstellungsbeauftragten [...] informieren“, keinesfalls aber ihre „Wahlfreiheit oder das Wahlgeheimnis [...] verletzen.“

Rektor Radtke versucht indes zu beschwichtigen. Es solle eine neue Wahlordnung geben, zudem sei eine Aussprache des Wahlfrauen*gremiums geplant. Ausführliche Stellungnahmen der Beteiligten werden auf unserer Homepage veröffentlicht. [caro]

Zeitungsredakteur*innen gesucht!



Du:

- hast bereits journalistische Erfahrungen oder großes Interesse, journalistisch zu arbeiten?
- hast ein gutes Sprachgefühl und Lust auf Recherchearbeit?
- kannst auch unter Zeitdruck Texte produzieren?
- hast Lust, in einem gleichberechtigten Team mit großer Verantwortung mitzuarbeiten?
- kannst mit Adobe InDesign, Adobe Photoshop und WordPress umgehen oder bist bereit, dir diese Fähigkeiten zeitnah anzueignen?
- fühlst dich der Studierendenschaft verbunden und engagierst dich gegen Diskriminierung?
- kennst die emanzipatorischen Initiativen und sozialen Bewegungen auf dem Campus und in der Region?
- kennst dich in der regionalen Kulturszene aus oder möchtest dich in diesen Bereich einarbeiten?
- willst mit großem Engagement, mit Kreativität und Eigeninitiative bei einem unabhängigen studentischen Medium mitarbeiten?

Der AStA der Universität Duisburg-Essen sucht zur Verstärkung der aktuell-Redaktion neue Redakteur*innen

akduell-Redakteur*innen werden mit einem festen Rahmenvertrag ausgestattet und über Zeilengeld von 3 Euro je 500 Zeichen und ein Produktionshonorar (70 EUR pro Produktion) bezahlt. Außerdem gibt es ein festes Honorar für die Online-Redaktion (30 EUR pro Ausgabe). Während der Vorlesungszeit erscheint akduell wöchentlich, in der vorlesungsfreien Zeit in der Regel zweiwöchentlich. Die Zeitung wird montags von fünf Redakteur*innen von 8 bis 16 Uhr produziert, mittwochs findet eine Redaktionssitzung mit allen Mitgliedern von 12 bis 14 Uhr statt. Bitte sende deine aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen, gerne mit beigefügten Textproben von dir, bis spätestens Sonntag, 20. November 2016, an: vorsitz@asta-due.de

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Marcus Lamprecht, Saskia Strasdat

Projektkoordination: Nils Kriegeskorte

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Maren Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro), Sarah Dannehl (caro), Meiko Huisman (mehu), Marie Eberhardt (mal), Daniel Veutgen (dav), Lea Sleiman (lys)

V.i.S.d.P.: Philipp Frohn (fro)

Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@akduell.de

Web: www.akduell.de

HIRNAKROBATIK

6	2	5		3	4
	7	8	6		
				2	8
5		7	1	6	
		2	9	4	3
1	6	3			
				5	9
8	4		7	1	2

WOHNHEIMGESCHICHTEN

